



Leipzig, den 21.2.2006

Sehr geehrter Herr Steinbach,

tief enttäuscht haben wir Ihre Äußerungen in den lokalen Medien in der letzten Zeit verfolgt und wenden uns nun mit diesem offenen Brief an Sie, um den von Ihnen öffentlich in den Medien erhobenen Anschuldigungen und Argumenten zu begegnen.

In der LVZ vom 7. Februar warfen Sie den Umweltschutzverbänden vor, für den Planungsstopp für die S 46 verantwortlich zu sein. In der LVZ vom darauffolgenden Tag machten Sie die Umweltverbände dann auch gleich noch für die angebliche Gefährdung der Neubaustrecke der A 72 Leipzig – Chemnitz verantwortlich. Und überhaupt, so werden Sie weiterhin zitiert, leiste sich Deutschland mit dem Umweltschutz einen Luxus, der nicht mehr drin sei.

Als ehemaligem „Umweltpfarrer“ von Rötha müssten Ihnen Ihre Argumentationen sehr vertraut vorkommen - nichts anderes hörten Sie doch bis 1990 regelmäßig von den staatlichen Organen der DDR: Wenn wir es uns wirtschaftlich leisten können, werden wir auch Umweltschutzmaßnahmen ergreifen. Und die Umweltgruppen sind die Störenfriede des das Gemeinwohl definierenden staatlichen Handelns. Dass ausgerechnet Sie, dem Themen wie Bewahrung der Schöpfung, bürgerschaftliches Engagement und demokratische Entscheidungsprozesse mehr als wohlfeile Floskeln sein sollten, auf diesem Niveau der Argumentation angelangt seien sollten, können wir nicht glauben.

Wie Sie selbst erwähnt haben, sind es juristische (umwelt- und planungsrechtliche) Gründe, aus denen das RP das Plangenehmigungsverfahren für die S 46 nicht positiv bescheiden konnte. Das europäische Recht, das lange von deutschen Planungsbehörden ignoriert wurde, hat sich nun mit dem Urteil des EuGH Geltung verschafft, die zu ungenaue Auslegung, wie sie in Deutschland lange Zeit praktiziert wurde, ist nun nicht mehr möglich. Frau Haag aus der Rechtsabteilung Ihres Hauses hat in dem LVZ-Beitrag vom 7.2., wahrscheinlich unfreiwillig, sehr deutlich gemacht, dass dieses Eingreifen des EuGH seinen ebenso berechtigten wie ernsten

Hintergrund hat. Ihre Ausführungen, dass im RP über die Ausnahmeregelung im deutschen Naturschutzgesetz bislang alle Störungen bei Eingriffen bearbeitet (sprich „weggewogen“) wurden, zeigt auf den Punkt genau, wo der Hase im Pfeffer liegt. Die Umweltgesetzgebung hat den Schutz der sich nicht selber schützen könnenden Natur zum Ziel. Und wo Ausnahmeregelungen zur Regel werden, können wir als Umweltverbände es nur begrüßen, wenn der EuGH dieses unterbindet, um den Sinn und Zweck der Gesetze zu erhalten. Ebenso wurde in diesem Zusammenhang der Projektbegriff genauer definiert und der Praxis, Auswirkungen auf außerhalb des engen Eingriffsbereichs liegende Schutzgebiete u.a. zu ignorieren, ein Riegel vorgeschoben. Zudem kann es nicht sein, dass Sie für Straßenbauten gerne auf europäische Finanzmittel zugreifen, auf der anderen Seite aber gegen europarechtliche Regelungen opponieren.

**Dass Sie die Schuld für die missglückte Planung – auf die genannten Probleme haben wir seit Jahren hingewiesen – nun auf die Umweltverbände abschieben und die betroffenen Bürger gleichsam noch auffordern, ihren Ärger bei uns abzuladen, widerspricht den Regeln des politischen Anstands. Ihre Vorwürfe gegen die Verbände für ihre Äußerungen im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens stellen einen Angriff gegen das herrschende Demokratieverständnis und das deutsche Planungsrecht dar. An dieser Stelle möchten wir auch auf Art. 10 (1) und (2) der sächsischen Verfassung verweisen, in dem neben der Verpflichtung zum Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage das Recht der Naturschutzverbände auf Verfahrensbeteiligung verbrieft ist.**

Statt auf dieser Ebene Scheingefechte zu führen, fordern wir Sie auf, gemeinsam mit der Markkleeberger Stadtverwaltung praktikable, für alle verträgliche Lösungen für einen besseren Lärmschutz der Bewohner der Siedlung „Goldene Höhe“ an der S 46, aber auch den Schutz der anderen (potenziellen) Betroffenen an der Weinteichsenke zu suchen. Dazu sollten Sie auch das Gespräch zu den Anwohnern von Wachauer, Rilke- und Leinstr. und den Umweltverbänden suchen, anstatt diese gegeneinander aufzuwiegeln. Unsere Vorschläge für einen wirksamen und kostensparenden Lärmschutz liegen auf dem Tisch: Nachtfahrverbot für LKW, Tempo-30-Regelungen und verkehrsleitende Maßnahmen, die mit der Fertigstellung der A 38 den Durchgangsverkehr aus der Siedlung heraushalten und auf die Autobahn lenken. Diese Maßnahmen sind sowohl aus verkehrspolitischer als auch aus naturschutzfachlicher Sicht die bessere Lösung.

Im Interview mit der LVZ haben Sie zudem die Aussage unterstützt, es werde in Deutschland zu viel für den Naturschutz getan. Leider ist Deutschland mittlerweile wieder weit davon entfernt, Umwelt-Musterland zu sein: Auf dem so genannten EPI-Index (Environmental Performance

Index, der die Umweltpolitiken in aller Welt untersucht) liegt Deutschland nur noch auf dem 22. Platz – und zwar insbesondere wegen des unzureichenden Artenschutzes (vergleiche: spiegel-online.de). In Sachen Naturschutz liegt Deutschland im Vergleich mit anderen EU-Staaten also mittlerweile weit zurück, und wir haben große Umsetzungsdefizite bei Naturschutzrichtlinien der EU. Auch das Argument, dass Deutschland enorme Probleme wegen der großen Bevölkerungsdichte hat, können wir nicht gelten lassen. In Holland z.B. ist die Einwohnerdichte weit höher als bei uns, dennoch leisten gerade die Niederlande eine international hoch geachtete Arbeit im Naturschutz. Wäre Naturschutz tatsächlich die Wirtschaftsbremse, als den Sie ihn hinstellen, müsste es vor allem Großbritannien, den skandinavischen Ländern, Österreich, Italien oder den Beneluxstaaten wirtschaftlich sehr schlecht gehen. Das Gegenteil ist der Fall.

Viele der von Ihnen genannten Probleme ließen sich lösen, wenn sich Ihre Behörde mit den Bürgern und den Umweltverbänden rechtzeitig an einen Tisch setzen und auch den Sachverstand unserer Mitarbeiter und Mitglieder nutzen würde. In sehr vielen Fällen lassen sich dann Kompromisse finden, die sowohl dem Naturschutz als auch der Wirtschaft nutzen und die Mobilität nicht behindern. Zu einer solchen Arbeitsweise sind wir jederzeit bereit und wir würden uns freuen, wenn auch im Regierungspräsidium wieder ein kooperativerer und weniger einseitiger Planungsstil Einzug halten würde.

In Vertretung für folgende Verbände  
Mit freundlichen Grüßen

Philipp Steuer  
Landessprecher  
Grüne Liga Sachsen e.V.  
Geschäftsführer  
Ökolöwe - Umweltbund Leipzig e.V

Wolfgang Riether  
Geschäftsführer  
BUND - Landesverband Sachsen e.V.

Bernd Heinitz  
Geschäftsführer  
Nabu - Landesverband Sachsen e.V.